

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: K. H. Schönlank, Dresden.  
Verlagsnummer 25 241.  
Zur Nr. 465: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Gegend bei halbjährlicher Zahlung durch die Post bei halbjährlichem Vorlauf monatlich 7,75 M., vierteljährlich 22,50 M.  
Die 10p. Briefmarken sind zu 2,50 M. zu bezahlen. Die 10p. Briefmarken sind zu 2,50 M. zu bezahlen.  
Einzelhefte 10p. Briefmarken sind zu 2,50 M. zu bezahlen.  
Zur. Unvollständige Aufträge gegen Vorzahlung.

Druck- und Verlagsanstalt: K. H. Schönlank, Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Redaktion nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Innerhalb der Redaktion werden nicht aufgenommen.

## Das Hauptereignis der Völkerbundstagung.

### Eine Rede Noblemaires.

**Frankreich hat „moralisch“ abgerüstet!**  
Genf, 1. Okt. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Völkerbundversammlung über die Abrüstungsfrage hielt der französische Delegierte Noblemaire eine lange Rede, in der er den französischen Standpunkt zu dem Abrüstungsproblem darlegte und als Voraussetzung für eine spätere Abrüstungspolitik die völlige Durchführung der Abrüstung bei den durch die Friedensverträge dazu gezwungenen Nationen und die Organisation des Kontrollrechtes forderte. Das Abrüstungsproblem kann nach dem französischen Delegierten nicht besser als an einem konkreten Beispiel, das aber nur ein Beispiel sein sollte, beleuchtet werden, und zwar an dem Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Warum soll neben einem freien und friedlichen Frankreich nicht ein freies Deutschland leben können? Noblemaire glaubt, daß dieses Ziel mit dem Julianatrag Bourgeois zu verwirklichen ist, das heißt, wenn Frankreich die notwendigen Wiederentwaffnungen, die notwendigen Sicherheiten durch eine vollständige und totale Auslieferung des Friedensvertrages, die die wesentliche Grundlage des Völkerbundespatentes selbst bilden, erhalten hat. Diese Sicherheiten sind heute noch nicht vollständig erreicht. Zwar sind die materielle Abrüstung Deutschlands und die Ablieferung neuer Rüstungen so gut wie vollzogen. Aber die Möglichkeit neuer Rüstungen ist noch nicht beseitigt (?), so daß die Fortführung der Disziplinären Kontrolle nicht überflüssig (!) ist, so wenig wie die in Artikel 213 und die durch den französischen Antrag für alle Staaten vorgesehene Ueberwachung.

Mit besonderem Nachdruck erhob hierauf Noblemaire die Forderung moralischer Abrüstung, die wichtiger sei, als die materielle. Nach seiner Ansicht hat sich diese moralische Abrüstung in Frankreich bereits vollzogen. (1) Wie steht es mit Deutschland? Wir wissen nicht, ob sich in Deutschland diese unentbehrliche Abrüstung der Wehr und der Waffen vollzogen hat, oder aber wir wissen zu gut, daß sie noch auf harte Widerstände stößt. Wir leben, wie auf der ganzen deutschen Erde sich gegenwärtig eine der erschütterndsten Tragödien abspielt: des Krieges und des Revanchegedankens gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, zwischen den Junkern und der Demokratie, und da können wir uns unsere Sicherheit, die mit der Sicherheit ganz Europas zusammenhängt, gemiß und voll erst an dem Tage vorstellen, an dem die deutsche Republik unbeschränkt sich selber demokratischer Einrichtungen erfreut, und an dem in Deutschland der endgültige Triumph des gerechten Ideals, der Würde und der Freiheit gesichert ist, die auch die Ideale des Völkerbundes selbst sind. Wer aber will behaupten, daß in dieser Stunde der Ausdehnung des Zweifels noch unklar ist, daß wir infolgedessen mit Gewalt bei Fuß bleiben müssen? Das sei, so führte Noblemaire weiter aus, kein Militarismus (!), sondern einfach der Wille, nicht noch einmal die Greuel des Krieges zu erleben. In diesem Geiste arbeite Frankreich im Völkerbunde und werde nicht auch nach Washington gehen.

### Die Kommissionsanträge zur Abrüstung.

Genf, 1. Oktober. Die Völkerbundversammlung nahm heute abend die Vorschläge der dritten Kommission (Rüstungsbeschränkungen) an, über welche Lord Robert Cecil, Südafrika Bericht erstattete. Die Vorschläge bezwecken u. a. den Kampf gegen die Anwendung von giftigen Gasen, der am besten durch Veröffentlichung der einschlägigen Erfindungen geführt werden könne. Die Regelung des Waffenhandels soll durch eine möglichst schnelle Ratifizierung des Abkommens von Saint Germain durch alle Staaten, auch die Nichtmitglieder, erzielt werden. Ferner sind Maßnahmen zur Fortsetzung der im Kriege aufgehäuften Waffen- und Munitionslager notwendig. Fern von der letzten Versammlung ausgesprochene Wünsche, der sich gegen die Vermehrung der Rüstungen richtet, wird wiederholt, wie auch die Forderung nach Ermittlungen über den gegenwärtigen Stand der Rüstungen in den einzelnen Ländern. Der wichtigste Antrag der Kommission stützt sich auf Artikel 8 des Statuts und verlangt vom Rat die Annahme eines Planes für Abrüstungsbeschränkungen. Lord Robert Cecil schloß seine Darlegungen mit der Forderung nach einer archangelischen Weltpropaganda für Abrüstungsbestrebungen und mit einem Appell an die Arbeiterklasse, der im Laufe der Debatte von verschiedenen Rednern angenommen wurde.

Darauf hielt Noblemaire eine große bereits mitgeteilte Rede, die den weiteren Verlauf der Sitzung vollständig beherrschte. Alle späteren Redner, Fisher-England, Dumand-Belgien und auch Lord Robert Cecil schlossen sich für an und hoben die Bedeutung ihrer Darlegungen zum deutsch-französischen Problem hervor. So gab Fisher zum Abschluß des Verständnisses Ausdruck, daß England der französischen Auffassung entgegenbringe. Jedoch seien nach seiner Ansicht die friedlichen Bestrebungen nicht nur auf der einen Seite des Rheins. Der Friede Europas und der Welt wird erst möglich, wenn Frankreich und Deutschland ihre Grenzen etwas verschieben haben. Er kritisierte bei dieser Gelegenheit Beispiele ritterlicher Gesinnung deutscher Kriegsteilnehmer und sagte schließlich, daß nicht nur Frankreich, sondern auch England den Frieden wolle. — Lord Robert Cecil, der die Debatte beischloß, bezeichnete die Rede Noblemaires als das große Ereignis der gegenwärtigen Tagung. Er ist einverstanden damit, daß man der Freundschaft Englands für Frankreich Ausdruck gibt, hält es aber für unerlässlich, wenn man nicht auf gewisse Mißverständnisse, die in der öffentlichen Meinung weiterbestehen, hinweist, die allerdings durch Reden, wie die des französischen Delegierten, zerstreut werden können. Er hoffte, daß Noblemaires Rede in England, vor allen Dingen aber auch in Deutschland, gelesen wird. Cecil schloß mit den Worten: In dem Kampfe zwischen dem Deutschland der Junker und dem Deutschland der Demokraten muß der Völkerbund sich auf die richtige Seite stellen und allen denen seine hilfsbereite Hand reichen, die dort für den Frieden arbeiten.

Darauf wurde einstimmig der Antrag Schanzer auf Annahme der Kommissionsanträge angenommen.

## Ein amerikanisches Urteil über das deutsche Recht auf Oberschlesien.

Berlin, 1. Oktober.

Herr David Hunter Miller, der hervorragende amerikanische Publizist und Sachwalter für Internationales Recht, der vor einigen Tagen in Berlin eingetroffen ist, hat bekanntlich die deutsche Reichsregierung ein Gutachten über die Behandlung der Oberschlesischen Frage vor dem Völkerbunde überreicht. Es darf daran erinnert werden, daß Herr Miller nicht nur amtlicher juristischer Berater des Amerikanischen Staatsdepartements während der letzten Präsidentschaftsperiode war, sondern auch in gleicher Eigenschaft dem Präsidenten Wilson bei der Pariser Konferenz zur Seite stand. In solcher Eigenschaft war er berufen, viele der Bestimmungen des Verfallener Vertrages zu formulieren und auch in ausgedehntem Maße verantwortlich für die Abfassung des Statuts des Völkerbundes. Herr Miller empfing heute einen Vertreter des R. T. B. und äußerte sich über seine Beurteilung der oberchlesischen Frage u. a.:

Die oberchlesische Frage ist jetzt glücklich vor dem Völkerbunde. Es ist ganz offenbar ein Vorteil für die Welt im allgemeinen und für Deutschland insbesondere, daß die Entscheidung über eine solche Frage getroffen werden soll durch eine Welt-Organisation, die zur Förderung des Weltfriedens errichtet wurde, und deren Entscheidungen sich notwendig auf die ewigen Grundzüge menschlichen Rechtes und menschlicher Gerechtigkeit gründen müssen, und nicht durch den Obersten Rat, da ja dieser eine politische Körperschaft ist, die unvermeidlich durch diejenigen zeitweiligen Einflüsse bestimmt wird, die auf politische Entscheidungen einzuwirken pflegen.

Ohne Zweifel ist die Stellung des Deutschen Reiches in Bezug auf Oberschlesien der Gegenstand vieler irriger Darstellungen und mancher Mißverständnisse vor dem größten aller Gerichtshöfe, der öffentlichen Meinung der Welt, gewesen, und infolgedessen erscheint es mir wichtig, daß die tatsächlichen Grundlagen der Frage endlich einmal allgemein anerkannt werden.

Während des ganzen Notenwechsels auf der Pariser Konferenz mit der deutschen Delegation hoben die Verbündeten immer wieder nachdrücklich hervor, daß der Vertrag sich auf den Waffenstillstand vom 11. November 1918 gründe, d. h. auf die Grundzüge, die Präsident Wilson ausgesprochen hatte, und daß dieser Vertrag demnach einen Frieden der Gerechtigkeit bedeute. Wenn wir nun auf die Erklärungen der Vereinigten Staaten blicken, die niederschrieben sind zu einer Zeit, als die Vereinigten Staaten mit Deutschland im Kriege lagen — und die Erklärungen der Verbündeten ginnen nach derselben Richtung — so finden wir, daß Präsident Wilson, obwohl er anerkannte, daß ein politischer Staat zu schaffen sei, doch ausdrücklich erklärte, daß Gebiet dieses Staates solle in sich schließen „die Landesteile, die von einer unbekannt polnischen Bevölkerung bewohnt sind“. Mehr als einmal wurde in jenen Erklärungen dieses Wort „unbekannt“ wiederholt und bezeichnetenna u. a. in, daß mehr als einmal daselbe Wort von den Verbündeten in der Diskussion gerade dieses Punktes mit Deutschland gebraucht wird. Und könnte irgend jemand den Rat haben, zu sagen, Oberschlesien oder ein Teil sei unbekannt polnisch? Ein Gebiet, das nicht nur jahrhundertlang deutsch gewesen ist, sondern das, wie auch die Amerikaner ausdrücklich bemerkt haben, nicht zu den durch die Teilung verfallenen polnischen Gebieten gehört und das durch Volksabstimmung sich für das Deutsche entscheiden sollte?

Weder der Vertrag noch die Pariser Konferenz haben jemals etwas anderes in Betracht gezogen, als das Oberschlesien als Ganzes bei Deutschland bleiben sollte, falls eine deutsche Mehrheit sich ergebe. Die Unteilbarkeit Oberschlesiens wurde ausdrücklich anerkannt. Die ins Einzelne gehenden, viel erörterten Bestimmungen über die Abstimmung nach Gemeinden wurden zu einem großen Teil einfach aus anderen Abschnitten des Vertrages abgeschrieben und waren bestimmt, Christheit in den örtlichen Verfassungen für die Abstimmung zu sichern; die Abstimmungen irrtümlicherweise immer angenommen, daß die Abstimmung in Oberschlesien eine polnische Mehrheit ergeben würde und die Einzelbestimmungen haben nicht die große Bedeutung, die ihnen jetzt beigemessen wird.

Der Völkerbund ist bereits festgelegt in Bezug auf die für Oberschlesien in Betracht kommenden Grundzüge. Denn in der Sache der Kaland-Auslei, die bereits einstimmig von dem Rat des Völkerbundes entschieden ist, wurde die Theorie der Unteilbarkeit Oberschlesiens schlüssig verworfen. Der juristische Bericht über diese Angelegenheit den der Völkerbund annahm, besagt nämlich, daß jede Theorie von Unteilbarkeit „grundsätzlich unvereinbar wäre mit der Idee eines Staates als territorialer und politischer Einheit“. Der Anspruch Deutschlands auf Oberschlesien ist ein Anspruch, der wahrhaft auf den Vertrag von Versailles gegründet ist, gegründet auf das Ergebnis der Volksabstimmung, und gegründet auf die Interessen der betreffenden Bevölkerung, der aber außerdem auf einer viel tieferen und bedeutungsvolleren Grundlage ruht, auf den ewigen Menschheitsprinzipien von Recht und Gerechtigkeit, von deren Aufrechterhaltung der Friede der Welt abhängt.

### Oberschlesien.

Paris, 1. Okt. Der Sonderberichterstatter des „Autran-Agence“ meldet seinem Hute, daß der Völkerbundrat sein Gutachten über die Teilung Oberschlesiens dem Obersten Rat erst am 1. November über besanntgeben werde. Im Gegensatz hierzu berichtet der Sonderkorrespondent der „Information“ nach vorläufigen Erfindungen, daß die Kommission für Oberschlesien, falls keine unvorhergesehenen Weiterungen eintreten, dem Obersten Rat gegen Ende der nächsten Woche eine Lösung vorlegen zu können hoffe. Die beiden Sachverständigen Professor Herold vom Polytechnikum Zürich und der tschecho-slowakische Industrielle Podatsch seien gegenwärtig mit der Abfassung eines Berichts beschäftigt. Das von der Kommission eingeschlagene Verfahren sei völlig verschieden von demjenigen des Obersten Rates. Es handle sich um ein Kompromiß, das nicht mehr die Unteilbarkeit des Industrie-Dreiecks Deutsches-Rattowitz-Gleiwitz zur Grundlage habe. (W.T.B.)

## Zur Frage der Regierungserweiterung

Schreibt die „Nationalliberale Revue“ u. a.: „Es liegt uns daran, in zwei Punkten eine wie es scheint systematische Irrführung der öffentlichen Meinung zu veranlassen, zumal sich an der Verbreitung unrichtiger Darstellungen auch der „Demokratische Zeitungsdienst“ beteiligt, der als das Organ der demokratischen Parteimeinung gilt. In dieser Korrespondenz wird in der Ausgabe vom 30. September über die Unterredung, die am Mittwoch bei dem Reichstanzler stattgefunden hat, ein Bericht gegeben, der zweifellos den Anschein erwecken soll, als sei von Seiten der Deutschen Volkspartei in ihrer Behauptung eine Erklärung über die Stellung der Partei zur Verfassung abgegeben worden. Tatsächlich hat, was wohl auch dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ bekannt sein dürfte, der Führer der Deutschen Volkspartei die Abgabe jeder Erklärung mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Und wenn der „Demokratische Zeitungsdienst“ in derselben Nummer an einer anderen Stelle die Forderung aufstellt, die Deutsche Volkspartei müsse vor dem Eintritt in die Regierung die Weimarer Verfassung als Grundlage anerkennen, so erweist er damit der Erweiterung der Regierung seinen Dienst. Denn es bedarf nicht der nochmaligen Versicherung, daß die Deutsche Volkspartei die Abgabe jeder Erklärung ablehnen wird.“

Ein anderer Punkt betrifft die Steuerfrage. Hier wird in der demokratischen Presse die Lage so darzustellen, als bestände eine Differenz über das Steuerprogramm zwischen der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten. Diese Behauptung tritt ebenfalls in irreführender Gestalt auf. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie sich vorbehalten hat, ihre Stellung zu den Steuerfragen nach zu formulieren, und daß deshalb die endgültige Entscheidung hier noch aussteht, da es notwendig sein wird, zu den Forderungen der Sozialdemokraten Stellung zu nehmen. Unzutreffend aber ist es, zu behaupten, daß nur zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie eine Meinungsverschiedenheit auf diesem Gebiet bestehe. Die bisherigen Ausdrücke haben ergeben, daß Gesandte in Bezug auf die Steuerfragen die Sozialdemokratie nicht nur von der Deutschen Volkspartei, sondern ebenso sehr von der Demokratischen Partei und dem Zentrum scheiden. Es ist deshalb eine offenkundig tendenziöse Entstellung, wenn der Gegenstand allein auf die Deutsche Volkspartei zugespielt wird.

### Die Antwort der Unabhängigen.

Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, die Anfrage der S. P. D. in folgendem Sinne zu beantworten:  
Die Fraktion der Unabhängigen lehne keine Verantwortung für eine Erweiterung der bestehenden Koalition und für ihren Eintritt in die Regierung; sie habe das Kabinett Wirth bisher unterstützt und sei bereit, es auch

in Zukunft zu tun. Die U. S. P. D. halte es auch nicht für wahrscheinlich, daß die bürgerlichen Parteien der gegenwärtigen Koalition bereit sein würden die wichtigsten Punkte des Programms der Unabhängigen zu akzeptieren, wie: Schutz der Verfassung, der durch eine entsprechende Justizreform und gesetzliche Maßnahmen gegen antirepublikanische Beamte wirksam gemacht werden müßte; gründliche Erziehung der Goldwörter, Sozialisierung des Kohlenbergbaus. Bevor die Unabhängigen die genannten Bedingungen formulieren, unter denen sie bereit wären, über einen Eintritt in die Regierung zu verhandeln, frage sie die S. P. D., ob die beiden bürgerlichen Parteien der gegenwärtigen Koalition, das Zentrum und die Demokraten, sich mit diesen Vorbedingungen für weitere Verhandlungen einverstanden erklären.

### Ausscheiden Hermes' aus der Reichsregierung?

Wie die „S. P. D.“ von gut unterrichteter Seite hören dürfte bei der kommenden Umbildung der Reichsregierung auch der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, der der Zentrumspartei angehört, aus der Regierung ausscheiden da ihm einer der wichtigsten, neu zu beschaffenden Posten angeboten worden ist. Diesen Posten dürfte er, auch mit Zustimmung seiner Partei, annehmen, vorausgesetzt, daß die Regierung der Fremden, in Frage kommenden Macht ihr Agreement erteilen wird.

Herr Hermes ist bekanntlich der Zentrumsmittler gewesen, der von jeder am schärfsten von der Sozialdemokratie bekämpft worden ist wegen seiner Ernährungspolitik.

## Der König von Württemberg †.

Stuttgart, 2. Okt. Der frühere König von Württemberg ist heute vormittag 11 1/2 Uhr im Alter von 78 Jahren laut verschieden. (W. T. B.)

König Wilhelm II. von Württemberg wurde als Sohn des Prinzen Friedrich von Württemberg am 26. Februar 1848 geboren. Er war in erster Ehe mit der Prinzessin Marie zu Waldeck-Pyrmont und nach deren im Jahre 1882 erfolgten Tode vom Jahre 1886 ab mit der Prinzessin Charlotte von Schaumburg-Lippe verheiratet. Der Verstorbenen, der in Göttingen und Tübingen studiert hat, nahm im württembergischen Hauptquartier im Jahre 1866 am Kampfe an der Tauber teil und machte im preussischen Decree den Feldzug von 1870/71 mit. Im Jahre 1891 folgte er seinem Oheim, dem König Karl I., auf den württembergischen Königsthron, nachdem im Jahre 1880 ein Kaiserlicher Mörder ein mitschuldigendes Attentat auf ihn ausgeübt hatte. Er war u. a. Chef des sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 108, König Wilhelm II. von Württemberg. Nach seiner Abdankung lebte der König unter dem Titel eines Herzogs von Württemberg auf seinem im Schwarzwald gelegenen Jagdschloß Heidenhausen.